

telfristigen Bildungs- und Ausbildungspolitik, sondern eines *nur langfristig möglichen Mentalitätswandels*. Um so mehr wundert es einen, daß das fehlgeleitete Bildungsprestige gleichsam als höherwertiges Schicksal hingenommen wird und niemand den Mut aufbringt, den Weg aus der falschen Bewältigung der einst diagnostizierten Bildungskatastrophe durch eine dezidierte Aufwertung berufsbezogener Bildung zu weisen. Braucht es einen Picht verkehrt? An der Zeit wär's.

Als problematisch erweist sich dies sowohl für in Israel lebende wie vor allem nach Israel einwandernde Juden. Wer von ihnen bei einem nicht orthodoxen Rabbiner konvertiert, gilt in den Augen des orthodoxen Obersten Rabbinats in Israel nicht im Vollsinn als Jude. Damit wird ihm die Eintragung ins jüdische Zivilstandsregister verweigert – ohne diese Eintragung aber ist keine Heirat vor einem orthodoxen Rabbiner möglich (und nur er ist befugt, eine Trauung vorzunehmen, eine Befugnis, die übrigens in dem Urteil des Obersten Gerichts wiederum bestätigt wurde; eine zivile, standesamtliche Eheschließung kennt der Staat Israel nicht), auch keine Scheidung, keine Bestattung auf einem religiösen Friedhof.

Erhebliche Konsequenzen würde es auch haben, wenn die religiösen Parteien in der Knesset mit ihrer alten Forderung durchkämen, das „*Rückkehrgesetz*“ aus dem Jahre 1950 – nach dem jeder Jude, wo immer er sich aufhält, das automatische Recht besitzt, Bürger des Staates Israel zu werden – in ihrem Sinne zu verschärfen: es würde dann nicht mehr ausreichen, von einer jüdischen Mutter geboren worden oder – auf welche Weise auch immer – zum Judentum übergetreten zu sein, sondern der Übertritt müßte unter bestimmten, näher qualifizierten Bedingungen vollzogen worden sein.

Wie sehr das jüngste Religionsurteil des Obersten Gerichtshofes den labilen „status quo“, das weltlich-religiöse Gleichgewicht in Israel tangiert, zeigten *politische Reaktionen*: Wieder einmal stand der Innenminister, traditionell ein Mitglied einer religiösen Partei, vor dem Dilemma, zwischen seinen eigenen religiösen Überzeugungen und der Staatsräson wählen zu müssen. Vor Jahren hatte der damalige Innenminister *Yitzhak Peretz*, Mitglied der orientalistisch orthodoxen Schas-Partei, in ähnlichem Zusammenhang befürwortet, die Eintragung der Nationalität im Personalausweis – die Religionszugehörigkeit gilt in Israel als eine solche – wegzulassen, wenn schon an ihrer Gültigkeit Zweifel bestünden. Peretz mußte daraufhin zurücktreten. *Arie Deri*, der gegenwärtige Amtsinha-

ber und Mitglied derselben Partei, fand einen anderen Ausweg in der Zwangslage: Ausweise enthalten nunmehr anstelle der Unterschrift des Innenministers den Hinweis, daß der Bezeichnung der Religionszugehörigkeit keine uneingeschränkte Gültigkeit zukomme. Bei Heiratswilligen etwa wird man also die Religionszugehörigkeit auf andere Weise überprüfen als durch den Personalausweis. Solche kasuistischen Tricks werden ihren Urhebern eine gewisse Frist des politischen Überlebens gewähren, wirklich gelöst ist mit ihnen wenig. Weitere Gerichtsverfahren sind am wahrscheinlichsten. Die religiösen Parteien werden mit ihrem Verlangen nach Verschärfung der Bestimmungen kaum locker lassen, auch wenn sie auf die gegenwärtige große Koalition von Likud und Arbeiterpartei nur begrenzten Einfluß haben.

Langfristig harrt die viel weitreichendere Frage einer Lösung, ob bzw. wie weit Israel sich nicht auf den Weg zu einem säkularen, religiösen Gemeinschaften, so auch der eigenen jüdischen, gegenüber grundsätzlich neutralen Staat machen muß. Solange das Land um das nackte Überleben kämpfte, trat diese Frage verständlicherweise in den Hintergrund. Man mußte möglichst alle – gerade auch die der Staatsgründung schon aus religiösen Gründen reserviert gegenüberstehenden orthodoxen Kreise – mit einbinden. In dem Maße aber, wie der Außendruck nachläßt, wird die Frage nach dem *jüdischen Charakter des Staates Israel* immer schwerer abweisbar werden. Der Streit um das jüngste Gerichtsurteil zeigt jedenfalls erneut, daß die Position der Orthodoxen nicht nur gegenüber den im Land lebenden arabischen Moslems und Christen Probleme aufwirft, sondern auch für Juden. *Henryk Broder* formulierte es (in: *Semit*, März/April 1989, S. 20) so: „Israel ist das einzige Land der sog. freien Welt, in dem es für Juden keine völlige Religionsfreiheit gibt.“ Daß dies sich aber nicht von heute auf morgen ändert, dafür werden unabhängig davon, wer in Israel regiert, weiter die Orthodoxen sorgen. Deren Gewicht hat in den letzten Jahren ohnehin noch deutlich zugenommen.

Wer ist Jude?

Eine Religionsdebatte in Israel

Der Oberste Gerichtshof des Staates Israel hat sich mit einem Urteil wieder einmal auf ein Gelände vorgewagt, das zu den vermintesten des Landes gehört: das Verhältnis von Staat und Religion. Es geht um eine der ältesten Fragen des Judentums und zugleich um eine der umstrittensten der israelischen Politik: Wer ist Jude? Damit hängt die Frage zusammen: Wer darf beglaubigen, daß jemand zum Judentum übergetreten ist? bzw.: Wessen Beglaubigung gilt? Nach der Entscheidung des Obersten Gerichts vom 24. Juli sind nicht mehr nur solche Übertritte zum Judentum staatlicherseits anzuerkennen, die durch orthodoxe Rabbiner vorgenommen werden.

Zum Hintergrund dieses Streites gehört das leidige *Mischehenproblem*, zu dem die verschiedenen Strömungen innerhalb des Judentums sehr unterschiedliche Haltungen einnehmen. Bei ihrer strengen Auslegung und Anwendung der halachischen Konversionsbestimmungen geht es den Orthodoxen, die obendrein in Zivilstandsangelegenheiten in Israel ein „Monopol“ besitzen, aus ihrer Sicht darum sicherzustellen, daß derjenige, der ins Judentum aufgenommen werden will, dies auch tatsächlich aus Überzeugung tut und nicht nur, um einen jüdischen Ehepartner heiraten zu können.